



Die Frage ist längst beantwortet, auch wenn manchen die Antwort nicht passt

Was nun?

Wolfgang Ehmke, langjähriger Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg und GEW-Kollege über Widerstand im Wendland

hlz: Gorleben ist raus aus dem Suchverfahren für ein Endlager. Welchen Anteil hat daran der jahrelange Widerstand vor Ort?

Wolfgang Ehmke: Meines Erachtens wäre es ohne den jahrelangen Widerstand nicht dazu gekommen, dass der bisherige Standort Gorleben aus dem Endlagersuchverfahren herausgefallen ist. Der „Widerstand“ – also Straße und Gerichte und erst später Parlamente waren die Arenen – ist 1984 nicht eingeknickt, als die ersten Atom-
müllfässer das Zwischenlager Gorleben erreicht haben. 1986 nicht, als es das „Fest des ersten Kübels“ gab, als das Abteufen des ersten Schachts von der CDU-dominierten Bundespolitik gefeiert wurde. Wir hatten vor Augen, dass ursprünglich 1999

der Einlagerungsbeginn unter Tage im Salzstock vorgesehen war, und nachdem in der ersten Protestwelle Ende der 70er Jahre der Bau der zivilmilitärisch nutzbaren Wiederaufarbeitungsanlage verhindert worden war, haben wir uns auf die Themen Zwischen- und Endlagerung konzentriert. Ab sofort galt das Prinzip „Verzögerung“, wir setzten alles daran, die Fortschritte beim Ausbau des Endlagerbergwerks zu verzögern, um damit die Chance zu wahren, dass der geologisch ungeeignete Salzstock eines Tages aufgegeben würde. Erst kam das 10jährige Endlagermoratorium unter Rot-Grün, dann wollte Schwarz-Gelb das Projekt finalisieren. Dann gab es nach Fukushima die neue Nachdenklichkeit. Peter Altmeier, Sigmar Gabriel und Jürgen

Trittin suchten den Ausweg und eröffneten mit der Idee, es müsse ein vergleichendes Suchverfahren geben, die Möglichkeit, dass nach Jahrzehnten Lug und Trug, Kriminalisierung und Polizeigewalt die Gorleben-Geschichte ein Ende finden könnte. Ohne die massiven Proteste auf der Straße und der Schiene gegen die Castor-Transporte nach Gorleben allerdings wäre der politische Druck für eine solche Lösung nicht vorhanden gewesen. Gewonnen!

hlz: Was bedeutet diese Entscheidung für dich persönlich und für das Wendland, das ja seit über 40 Jahren durch den Widerstand geprägt wurde?

Wolfgang Ehmke: Ich fühle mich erleichtert. Mir ist schon

klar, dass ich persönlich, ich bin jetzt 73 Jahre alt, sehr viel Zeit und Kraft in den Widerstand gesteckt habe. Aber das ging vielen so und wir hätten das nicht durchstehen können, hätte es nicht die „große Widerstandsfamilie“ gegeben. Wie in jeder Familie herrschte nicht immer eitel Sonnenschein, aber der persönliche Zusammenhalt, vor allem in kritischen Situationen wie bei den Castortransporten, die erfahrene Solidarität weit über die Grenzen des kleinen Wendlands hinaus – diese Lebenserfahrung war eine großartige Seite dieser 40 Jahre. Und wir können auch stolz sein, weil wir die Atomausstiegsgeschichte mitgeschrieben haben.

Jetzt wäre eigentlich eine krasse Kompensation für das Wendland fällig – das Land Niedersachsen müsste zum Beispiel eine Zweigstelle der Ostfalia-Universität, etwas was Zukunft hat, hier ansiedeln.

hlz: *Hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg damit nicht ihr Ziel erreicht und könnte die Arbeit einstellen?*

Wolfgang Ehmke: Schön wär's. Erst einmal müssen wir nüchtern feststellen, dass wir ein Teilgebiet sind, das die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als „günstig“ für die Endlagerung einschätzt. Dann sind wir einer von 16 Standorten, an denen hochradioaktiver Müll lagert. 2034 läuft die Betriebs-erlaubnis im Castor-Lager aus,

aber ein Endlager wird dann nicht in Sicht sein. Klar würden wir gern mehr zum Thema Klimakrise und Nachhaltigkeit machen. Nun bereiten wir uns erst einmal auf die Fachkonferenz ‚Teilgebiete‘ vor. Außerdem gibt es schon die ersten Anfragen von anderen Initiativen, vor allem aus den Ecken, wo es um Salzstöcke geht. Wir werden diese neuen Inis so gut beraten und unterstützen, wie es geht.

hlz: *Wie bewertest du das neue Suchverfahren? Ist das der richtige Weg bzw. worauf kommt es jetzt an?*

Wolfgang Ehmke: Licht und Schatten! Gut ist, dass ein Endlager wissenschaftsbasiert in einem vergleichenden Verfahren gesucht werden soll – sonst wäre Gorleben ja auch nicht gleich herausgefallen. Und dass der Müll nicht so lange oberirdisch verwahrt wird, bis sich Abnehmer aus anderen Ländern melden; wir denken da immer an Nordafrika oder Russland. Schatten: Wir können nicht nachvollziehen, warum die Endlagersuche sich nicht auf alle Arten von Atommüll erstreckt. Der Schacht Konrad, ein ausgedientes Erzbergwerk, wird immer noch als Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle vorgehalten. Das ist überhaupt nicht akzeptabel. Auch der erste Partizipationsschritt, die Fachkonferenz Teilgebiete, verdient ihren Namen nicht, die Konferenz kann nicht auf Augenhöhe arbeiten,

weil die Betroffenen auf kein Budget für wissenschaftliche Expertise zurückgreifen können. Die BGE arbeitet munter weiter und nimmt dann den Kommentar der Fachkonferenz in einem Jahr zur Kenntnis, der Kommentar beschreibt bis dahin den Stand von heute, das ist doch absurd. Dann gibt es noch die Kritik, dass die Geodaten in dieser Arbeitsphase nicht einsehbar sind. Stichwort „lernendes Verfahren“ – hier müssten die entsprechenden Gesetze nachgebessert werden. Außerdem sehe ich keine Öffnungsklausel im Standortauswahlgesetz an der Stelle, wo neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu einer Revision der Suchkriterien führten. Stichwort: Klimawandel und steigender Meeresspiegel oder auch kommende Eiszeiten und die Eislast, die Lagerstätten, die eine Million Jahre dichthalten sollen, zermanschen. Große Teile Niedersachsen flögen schon mal aus dem Suchverfahren raus.

hlz: *Das hört sich alles ziemlich gruselig an. Was bleibt da anderes, als weiterhin im globalen Dorf für die Abschaffung jeglicher Formen von Atomenergie zu kämpfen und für das bereits angerichtete Desaster konsensuale Lösungen zu finden. Ich höre aus deinen Worten, dass ihr in diesem Sinne weiterhin am Ball bleiben wollt. Vielen Dank für das Gespräch.*

Die Fragen stellte
JOACHIM GEFFERS

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: hlz / Jason Tsiakas

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 12/2020: 25.11.2020